



MEDIENINFORMATION

**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

**Bezirk
München & Region**

Schwanthalerstr. 64
80336 München

21. Mai 2015

Telefon: 089 / 59977-0

Telefax: 089/ 59977-7777

Streik im Sozial- und Erziehungsdienst wird über Pfingsten hinaus fortgesetzt

ver.di bietet eine Ausweitung der Härtefallregelung an

Nachdem die kommunalen Arbeitgeber den Streik im Sozial- und Erziehungsdienst aussitzen wollen hat die bundesweite Streikdelegiertenkonferenz beschlossen, dass der unbefristete Streik solange fortgesetzt wird, bis ein annehmbares Ergebnis vorliegt. Hintergründe dazu in der angefügten Medieninformation der ver.di-Bundesverwaltung.

In der Folge hat die Münchner Streikleitung heute darüber beraten und folgende Beschlüsse gefasst:

1. Der Streik im Ballungsraum München wird ohne zeitliche Begrenzung fortgesetzt.
2. Der Streikaufruf gilt für alle Einrichtungen im Erziehungsdienst der Städte und Gemeinden in München und den umliegenden Landkreisen.
3. Vom Streikaufruf erfasst sind auch die Sozialen Dienste der Städte, Gemeinden und Landkreise im Ballungsraum München

Ausweitung der Härtefallregelung auf 3.000 Plätze

Um die Belastungen besonders betroffener Eltern zu mildern hat die Münchner Streikleitung beschlossen der Stadt München eine Ausweitung der bisherigen Härtefallregelung anzubieten. Dem Referat für Bildung und Sport wurde inzwischen angeboten, im Rahmen der bisherigen Härtefallregelung ab kommender Woche für 3.000 Kinder, statt bisher für 1.000 Kinder, die Unterbringung zu gewährleisten.

Darüber hinaus hat ver.di das Referat für Bildung und Sport aufgefordert, Gespräche über eine Härtefallregelung für Kinder unter drei Jahren aufzunehmen.

Eine solche Härtefallregelung für Kinder, die in Kinderkrippen und Häusern für Kinder betreut werden, hat die Stadt München bisher aus pädagogischen Gründen für nicht machbar gehalten.

Weitere Informationen:

Heinrich Birner, Tel. 0170 / 574 90 02

Merle Pizarz, Tel. 0160 / 908 949 75

Internetadresse: www.muenchen.verdi.de

E-Mail: heinrich.birner@verdi.de

Hintergrundinformation

(Medieninformation der ver.di-Bundesverwaltung vom 20.05.2015)

„Arbeitgeber sitzen Streik auf Rücken von Eltern, Kindern und anderen Betroffenen aus

Der unbefristete Streik im Sozial- und Erziehungsdienst wird auch über Pfingsten hinaus fortgesetzt. Das beschloss heute in Fulda die erste bundesweite ver.di-Streikdelegiertenkonferenz für den Sozial- und Erziehungsdienst. Zuvor hatten rund 330 Vertreterinnen und Vertreter aus Streikbetrieben im ganzen Bundesgebiet über den laufenden Tarifkonflikt mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) beraten.

Die Arbeitgeber setzen darauf, den Streik auf dem Rücken von Eltern und Kindern auszusitzen“, sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. Seit langem sei für den 28. Mai eine VKA-Mitgliederversammlung geplant. Es habe aber offenbar keine Bemühungen gegeben, diesen Termin mit Blick auf den laufenden Tarifkonflikt vorzuziehen, um ein annehmbares Ergebnis zu erzielen. „Stattdessen verweigern die Arbeitgeber nach wie vor die überfällige Anerkennung der wichtigen pädagogischen Facharbeit im Sozial- und Erziehungsdienst“, so Bsirske.

Auch das Argument der Arbeitgeber, eine generelle Aufwertung der Sozial- und Erziehungsdienste sei nicht finanzierbar, ließ Bsirske nicht gelten. „Wir fordern für die Beschäftigten eine bessere Eingruppierung, die im Durchschnitt zu zehn Prozent höheren Einkommen führt. Der Sozial- und Erziehungsdienst umfasst rund zehn Prozent aller Beschäftigten in den Kommunen. Es geht also bei der überfälligen Aufwertung um eine Personalkostensteigerung von rund einem Prozent.“

Geld ist da

Bund, Länder und Gemeinden werden bis zum Jahr 2019 insgesamt 38 Milliarden Euro mehr einnehmen als bisher eingeplant, etwa acht Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr, so die aktuelle Steuerschätzung. Es seien also Spielräume für die Kommunen zur Finanzierung der Tarifforderung vorhanden, so Bsirske weiter. Da es sich bei den Sozial- und Erziehungsberufen aber um gesellschaftlich dringend notwendige Tätigkeiten handelt, müssten notfalls auch die Länder und der Bund die Kommunen bei der Finanzierung unterstützen. Dies habe Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel zu Recht bereits angesprochen und den Kommunen finanzielle Hilfen des Bundes in Aussicht gestellt.“